

Von den Reichen nehmen

Sie werden sich sicherlich fragen, wer das alles bezahlen soll, besonders in Zeiten der Corona-Pandemie, die zahlreiche Menschen an den Rand des Ruins und darüber hinaus getrieben hat. Daher haben wir ein Steuerkonzept mit einer Umverteilung von oben nach unten ausgearbeitet.

Wir wollen eine Steuer auf Vermögen von über 1 Mio. Euro und eine angemessene Erbschaftsteuer einführen sowie Steuerhinterziehung und Steueroasen stärker bekämpfen.

Die größte Krise seit Jahrzehnten können wir nur überwinden, wenn die Lasten gerecht verteilt werden und es nicht zu einer noch stärkeren sozialen Spaltung kommt. Deshalb fordern wir zu diesem Zweck eine einmalige Vermögensabgabe ab 2 Mio. Euro Nettovermögen.

Lehren aus Afghanistan

Gelder zur Lösung der Corona- und der Klimakrise sowie für soziale Verbesserungen würden auch frei, wenn das unsinnige Ziel, den Rüstungshaushalt auf 70 Mrd. Euro zu erhöhen aufgegeben würde. Die NATO gibt bereits jetzt vierfach mehr für Rüstung aus als Russland und China.

Die Niederlage der NATO in Afghanistan zeigt, dass nicht DIE LINKE ihre Politik ändern muss, sondern die anderen Bundestagsparteien, die seit 20 Jahren den Einsatz der Bundeswehr dort unterstützen. 200.000 Menschen wurden getötet, über 2000 Mrd. Dollar von den NATO-Staaten ausgegeben, mit dem Ergebnis, dass die Taliban an die Macht zurückgekehrt sind. Die Lage in Afghanistan wurde schön geredet und bis vor kurzem Flüchtlinge aus Afghanistan dorthin abgeschoben. Nicht nur Bundeswehr-Mitarbeiter wurden im Stich gelassen, sondern tausende Menschen, die an die Versprechen der Besatzungsmächte glaubten und sich für Demokratie, Gleichheit der Geschlechter und Menschenrechte eingesetzt haben. 2015 dürfe sich nicht wiederholen, tönt es schäbig bei Union und AFD.

Eine solche Politik würde ich im Bundestag zusammen mit meiner Fraktion entschieden ablehnen. Ich würde als ihr Abgeordneter für eine soziale, ökologische, friedliche und von den Interessen der Großkonzerne unabhängige Politik kämpfen.

Deshalb geben sie am 26.9. beide Stimmen der LINKEN.

Zur Person

Maximilian Peter, Kandidat der LINKEN im Wahlkreis 171 Marburg

Geboren am 24. September 1992 in Gießen.

Lebe seit 1995 im Landkreis Marburg-Biedenkopf und seit 2019 in Niederweimar, wo ich als Kaufmann im Lebensmittelhandel arbeite.

2016 bin ich in die DIE LINKE eingetreten und seit 2020 Vorsitzender des Kreisverbandes.

Dem lag die feste Überzeugung zugrunde, dass sie die einzige Partei ist, die für die großen Probleme unserer Zeit Lösungsansätze hat, die nicht auf Kosten der Armen, der Arbeitnehmer*innen und der Mittelschicht gehen.

Kontakt

Maximilian Peter
DIE LINKE, Marburg-Biedenkopf
Elisabethstr. 9, 35037 Marburg
Tel.: 06421-163873
E-Mail: maximilian.peter1@posteo.de
www.die-linke-marburg.de/bundestagswahl-2021

Soziale Medien

-  www.facebook.com/max.peter.794
-  twitter.com/mape92
-  www.instagram.com/maximilian.peter1

Maximilian
Peter

Sozial und
klimagerecht
aus der Krise

DIE LINKE.

Für die Kosten der Krisen müssen die Reichen aufkommen!

In Krisenzeiten kommen Probleme ans Licht, die vorher verdrängt oder verharmlost wurden. Die Überschwemmungskatastrophe vom Juli, aber auch die Rekordhitze und die Brände im Mittelmeerraum und den USA machen uns bewusst, dass es nicht reicht, Abhilfe für die Klimakrise zu versprechen, sondern dass sofort Taten folgen müssen.

Dabei kommt es darauf, dass nicht nur global, sondern auch in unserem Land, an erster Stelle die Hauptverursacher in die Verantwortung genommen werden.

Im Kampf gegen den von Menschen gemachten Klimawandel setzen wir auf Klimagerechtigkeit und nicht auf grün lackierten Kapitalismus. Wir kämpfen dafür, dass Deutschland 2035 klimaneutral wird, also mindestens 80 Prozent der CO₂-Emissionen eingespart werden. Dafür wollen wir die großen Konzerne entmachten, einen verbindlichen CO₂-Ausstiegspfad festlegen und gleichzeitig für die soziale und wirtschaftliche Absicherung der Beschäftigten und Regionen sorgen, die durch den Umbau der Wirtschaft betroffen wären.

Wir wollen einen schnelleren Wechsel zu erneuerbaren Energien und bereits bis 2030 einen Ausstieg aus der Kohle. Wir fordern eine Energiewende in Bürgerhand, in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum.

Dabei muss aber auch klar sein, dass kleine Einkommen vor höheren Energiepreisen und Warmmieten geschützt werden müssen. Bis zu einem durchschnittlichen Verbrauch von Strom, Wasser und Heizenergie wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen.

All das ist das Mindeste, wenn wir den kommenden Generationen einen lebenswerten Planeten hinterlassen wollen.

Gesund ohne Profit

Die Corona-Krise hat ein Schlaglicht auf die wachsende soziale Ungleichheit geworfen. Viele Menschen fragen sich, warum die Beschäftigten, die den Laden während der Krise am Laufen hielten, etwa in der Pflege, bei den Post- und Lieferdiensten und im Einzelhandel, schlecht bezahlt und meist unterbesetzt sind. Auf der anderen Seite wurden Reiche während der Krise noch reicher.

Es zeigte sich, dass das Risiko zu sterben und schwer zu erkranken in den niedrigen Einkommensgruppen erheblich höher ist. Kinder aus benachteiligten Familien wurde das Lernen durch Home-schooling zusätzlich erschwert.

Und es zeigte sich, dass die Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitsbereich das System an seine Grenzen gebracht haben. Der Personalmangel an den Kliniken muss beseitigt und die Pfleger*innen besser bezahlt werden. Durch eine Krankenversicherung, in die alle Menschen - auch die Reichen - einzahlen, kann ein solidarisches Gesundheitswesen ohne Zuzahlungen finanziert werden. Und die Kliniken gehören in öffentliche oder gemeinnützige Hand. Behandlungen sollen nicht erfolgen, damit der Profit stimmt, sondern Kranke geheilt werden. Deshalb muss auch unser Klinikum wieder zurück zum Land. Ich rufe alle auf, die Petition dazu an den Landtag zu unterschreiben.

Für ein soziales Land

Als ihr Bundestagsabgeordneter werde ich aber nicht nur für die jungen Menschen und zukünftigen Generationen kämpfen, sondern auch für diejenigen, die mit ihrer harten Arbeit den Reichtum unseres Landes schaffen.

Deswegen gehört auch der ausbeuterische Niedriglohnsektor, der sich durch die verheerenden "Sozialreformen" der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder in Deutschland ausgebreitet hat, abgeschafft.

Deswegen brauchen wir einen Mindestlohn von wenigstens 13 Euro, Tarifbindung in allen Unternehmen und Branchen und ein Ende von grundlos befristeten Arbeitsverträgen. Mit Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge muss endlich Schluss sein.

Damit auch neben der Arbeit Zeit für Familie, Hobbys und ehrenamtliche Arbeit bleibt, setzen wir uns für eine 4-Tage-Woche ein. Um der Volkskrankheit Burn-out etwas entgegen zu setzen, ist es notwendig, eine für Unternehmen



Foto: Matthias Schußler

bindende Anti-Stress-Verordnung einzuführen.

Überlegungen, das Renteneintrittsalter auf 68 Jahre zu erhöhen, lehnen wir grundsätzlich ab, zumal die Menschen in der niedrigsten Einkommensgruppe im Durchschnitt 11 Jahre früher sterben als die in der höchsten. Wer vierzig Jahre gearbeitet hat, sollte mit 60 Jahren in die Rente eintreten können, spätestens aber mit 65 Jahren.

Eine gute Rente bedeutet aber auch, dass Menschen nicht in Mülleimern nach Pfandflaschen suchen müssen, um über die Runden zu kommen. Deswegen muss das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben und eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro eingeführt werden.